

Stuttgarter Erklärung 2010
 Mit Diskriminierung macht man keinen Staat
 oder
 Nichts ist gut in Stuttgart – Aber vieles kann besser
 werden

Werner Baumgarten, AK ASYL

Stadt der - Engel

*Nachdenkend, wie ich höre, über die Hölle
 Fand mein Bruder Shelley, sie sei ein Ort
 Gleichend ungefähr der Stadt London. Ich
 Der ich nicht in London lebe, sondern in Los Angeles.
 Finde, nachdenkend über die Hölle, sie muss
 Noch mehr Los Angeles gleichen.*

Bertolt Brecht

Stadt der Engel oder The Overcoat of Dr. Freund, Seite 206 Christa Wolf

*Hat es das je gegeben, in der europäischen Neuzeit, dass die geistige
 Elite des Landes fast ausnahmslos dieses Land verlassen musste?
 Weimar unter Palmen.*

*Dass ihr uns diese ganze deutsche Kultur hierher geschickt habt. Was
 für Männer und Frauen! Brecht. Feuchtwanger. Thomas Mann. Heinrich
 Mann. Hanns Eisler. Arnold Schönberg. Bruno Frank. Leonhard Frank.
 Franz Werfel. Adorno. Berthold Viertel.*

Seite 206/7/8 s.o.

Liebe Flüchtlingsfreunde,

geschockt über die gestrigen Polizeieinsätze stehen wir heute hier anlässlich des 25.
 Kultur- und Politikfestes des AK ASYL und suchen nach Worten.

Immerhin, wir fordern Augenmass, wir fordern Verhältnismäßigkeit der Mittel, wir
 fordern Dialogbereitschaft auf Augenhöhe.

Wir warnen: Nicht jeder Zweck heiligt die Mittel.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die demokratische Zukunft einer
 Stadt, in der sich angstfrei leben lässt.

Zur Erinnerung: Demokratie heißt Gewaltenteilung.

Demokratie heißt: Alle Macht geht vom Volk aus, nicht von Polizisten.

Ich saß gestern Nachmittag am Marienplatz in der Zucke, als es losging. Ein
 Polizeiauto nach dem andern passierte in einer endlosen Schlange, die nicht
 abreißen wollte. Ein gespenstisches Bild.

Eine deprimierende Impression, als lebten wir in einem besetzten Land und nicht in einem freien Land, das die Würde des Menschen achtet, das die Gleichheit aller Menschen hochhält, das ein generöses Grundrecht auf Asyl für Verfolgte besitzt.

Liebe Flüchtlingsfreunde,
auch das Grundrecht auf Asyl darf nicht tiefer gelegt werden.
Auch Asylsuchende müssen oben bleiben,
müssen nach ihrer Ankunft tief durchatmen,
müssen in guter, luftiger Höhenlage in zumutbaren, festen, wärmegeprägten
Häusern untergebracht werden.
Müssen dort als freie Menschen den aufrechten Gang im demokratischen
Zufluchtsland einüben.
Es kann in einer zivilisierten westlichen Welt nicht toleriert werden, dass Ungezählte
auf dem Weg hierher elendiglich ertrinken, von Polizeibooten ohne Pardon
umgedreht und zu ihren Peinigern wie ein wertloses Stück Vieh zurückgeschickt
werden.

Mit Zurückweisungen auf dem Meer macht man keinen Staat.

Statt diskriminierender Abwehrmaßnahmen sollten sie mit Wertschätzung, mit hohen
Anerkennungszahlen, mit fairen Aufnahmemodalitäten nach einer europäischen
Umverteilung - Quote aufgenommen und zumindest halbwegs wie willkommene
Gäste empfangen werden.

Ich glaube, nur so kann man einen modernen Rechtsstaat aufbauen und den Rück-
und Ab-fall in sozialdarwinistische Barbaren - Strukturen verhindern.

Die Menschenrechte auch für Flüchtlinge sind aus der Dunkelkammer der
Sonntagsreden herauszuholen und kritisch hineinzustellen ins Scheinwerferlicht der
realen Vorgehensweisen der Ausländerbehörden, der Anerkennungsstellen des
Bundesamts für Asyl und Migration und der Gerichte.

Bei diesem Schwenk werden wir feststellen, Theorie und Praxis harmonisieren nicht
immer.

Das fängt mit der Einreise auf dem Flughafen an.

Statt einreisende Flüchtlinge in einer Art Amtshilfe von der Bundespolizei zur
Asylaufnahmestelle nach Karlsruhe zur Erstanthörung schicken zu lassen, werden sie
wegen gefälschter Papiere und illegaler Einreise vom Amtsgericht Nürtingen zu 6
Monaten Haft verurteilt und landen zur Begrüßung in Stammheim.

Mit Kriminalisierung der Asylsuchenden macht man keinen Staat.

Wir fordern einen direkten Weg vom Flughafen Echterdingen zur Erstanthörung nach
Karlsruhe.

Wir fordern die ansonsten in unserem Rechtsstaat auch übliche neutrale Beratung,
damit die Flüchtlinge wissen, worauf es ankommt, wie sie ihre Verfolgungsgründe
glaubwürdig, überzeugend und widerspruchsfrei vortragen können.

Einem zufällig bei uns aufgelaufenen jugendlichen Flüchtling haben wir diese
Beratung angeboten. Er hat prompt ohne anwaltlichen Beistand Abschiebeschutz
und ein Bleiberecht erhalten.

Die Anerkennungsquote würden mit dieser fairen Methode sprunghaft
Ansteigen.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung und Politik wäre eine ganz andere als sie es mit den bisherigen Kellerzahlen ist.

Diese faire Vorgehensweise ist überfällig und einem modernem Rechtsstaat angemessen

Denn mit dem Diskriminieren der Flüchtlinge als Schein- und Wirtschaftsasylanten macht man keinen Staat.

Liebe Flüchtlingsfreunde,

zum Grundrecht auf Asyl gehört auch das Recht auf einen Fluchtweg in Würde.

Wir beklagen, während weltweit die Flüchtlingszahlen auf eine Höchstzahl von 43, 3 Millionen angestiegen ist, dümpeln die Zahlen in Stuttgart bei sage und schreibe noch ganze 780 unterzubringenden Personen. Frühere Unterkünfte wie in Degerloch oder Botang stehen unseres Wissens leer. Deshalb fordern wir unseren OB auf, über seinen Schatten zu springen, eine Geste der Noblesse zu zeigen und 250 Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeerraum als Kontingentflüchtling nach Stuttgart einzuladen.

Wir vom AK ASYL glauben, mit der Einrichtung der Luftbrücke Mittelraum - Stuttgart macht man einen Staat.

Wir warnen: Mit einem Asylrecht ohne Asylsuchende macht man keinen Staat.

Ebenso macht man keinen Staat, wenn man mit einem Menschenverächter wie dem libyschen Präsidentendiktator Gaddafi zusammenarbeitet und ihn für Europa die Drecksarbeit machen lässt.

Es ist kein EU-Staat zu machen, wenn die umstrittene Grenztruppe Frontex Flüchtlingsboote auf dem Meer umdreht, beschießt und Flüchtlinge via Gaddafi in ihre Verfolgerländer zurückschicken lässt.

Wir vom AK ASYL halten nichts von Abschiebungen, seien es

Massenabschiebungen der Roma aus Frankreich nach Bulgarien und Rumänien oder seien es Abschiebungen in kleinerem Stil über den Badenairport Söllingen oder über den Stuttgarter Flughafen. Eine Abschiebung pro Tag über den Stuttgarter Flughafen halten wir für eine Abschiebung zuviel.

Abschiebungen gehören u.E. einer archaischen nationalstaatlichen Epoche an, die wir glaubten, mit der Einrichtung der EU und internationaler Mindeststandards überwunden zu haben.

Wir denken, die Polizei hätte in einem Land der Freiheit, sinnvollere Aufgaben zu erledigen, als abgelehnte Asylbewerber zwangsweise bei Nacht und Nebel außer Landes zu schaffen.

Die dafür vorgesehenen Arrestzellen auf dem Pragsattel und auf dem Flughafen brauchen wir nicht.

Wir haben nichts gegen den Abriss dieser nicht denkmalgeschützten Räume.

Wir haben nichts gegen das Aufgeben der unseligen Abschiebemaßnahmen und – Strukturen.

Wir vom AK ASYL meinen, mit einer abschiebungsfreien Stadt Stuttgart ließe sich ein lebenswerterer Staat erbauen.

Wir schlagen stattdessen den weiteren Auf- und Ausbau fairer

Bleiberechtsregelungen vor, die an realistische Bedingungen geknüpft sind, die erfüllbar sind.

Wenn Kinder 5 Jahre hier leben, sie sich an Kindergarten und Schulen, an ihr soziales Umfeld gewöhnt haben, sollte man sie um des Kindes Wohl nicht mehr herausreißen. Eltern sollten wegen der Kinder einen Status erhalten, auch wenn sie nicht lupenrein alle Bedingungen wie Arbeit, Wohnung und Unabhängigkeit von der öffentlichen Hand erfüllt haben. Unser Land braucht Nachwuchs.

Bisher quält man aber auch Flüchtlingskinder mit engen, meist lauten und hellhörigen Unterkünften wie im alten Gesundheitsamt in der Schickardtstraße. Diese Lebensbedingungen sind nicht förderlich für ein kindgemäßes Aufwachsen.

Unterstützt von der neuen strategischen Mehrheit im Gemeinderat würden wir gerne wieder unsere bewährte Umfahrt durch Unterkünfte von der Burgstallstraße im Süden bis zu den Unterkünften in Sillenbuch und Heumaden durchführen, um authentische Eindrücke zu sammeln.

Das Aufheben des bisherigen Verbots halten wir für überfällig.

Denn mit Verboten ist kein Staat zu machen.

Das Wiedererlauben der Umfahrt und das Aufbauen eines vorzeigbaren Modell-Flüchtlingsausweises stünde unserer Stadt gut zu Gesicht.

Mit dem seit 1994 gültigen Asylbewerberleistungsgesetz lässt sich auch kein Staat machen. Ein Gesetz, das Flüchtlinge etwa 20 Prozent unter den Sozialhilfesätzen einstuft und seither nicht mehr an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angeglichen hat.

Auch wenn zu respektieren ist, dass unser Sozialamt mit seinem Chipkartensystem viele Härten abgefangen hat, gilt bis zur Stunde das Abschreckungsprinzip der Sachleistungen.

Mit diesem restriktiven Asylbewerberleistungsgesetz macht man keinen Staat.

Im Jahr 2009 wurden in D für Asylbewerberleistungen pro Kopf der Gesamtbevölkerung rechnerisch gut 9 Euro netto aufgewendet, 2008 waren es knapp 10 Euro pro Kopf.

Nun fänden wir es angesichts der drastisch zurückgegangenen Flüchtlingszahlen sinnvoll, die Menschen nach einem halben Jahr Orientierungszeit, dem Erlernen der Grundbegriffe unserer Sprache die Arbeitserlaubnis zu erteilen.

Eine größere Zahl der Selbstversorger würde nicht nur der besseren Integration nutzen, sondern auch viele Vorwände aus dem Feld räumen, Flüchtlinge seien Schmarotzer.

Mit solchen Klischees gefährdet man den sozialen Frieden und schürt Ressentiments und fördert die Rechten.

L.F., , doch mit **Rechtsextremen kann man keinen Staat machen.**

Der neueste Verfassungsschutzbericht beschäftigt sich mit ihnen auf den Seiten 154 – 230.

Dass verfolgte Gruppen wie Kurden vor ihnen auf den Seiten 110- 125 aufgeführt werden, halten wir für problematisch. Auch wenn wir als AK ASYL an dem Prinzip der Gewaltlosigkeit nie gedeutelt haben, z. B. Kurden verstehen sich als Unterdrückte, die um ihre Grundrechte kämpfen.

Wir beobachten, dass bei vielen Flüchtlingsschicksalen Opfer- und Täter- Rolle bisweilen so ineinander fließen, dass sie kaum aufzudröseln sind.

Wir als AK ASYL meinen, wir sollten helfen, dass Freiheitskämpfer im Stile Martin-Luther Kings auftreten und wie Nelson Mandela eines Tages geehrt werden, sodass mit ihnen demokratische Staaten und eine gerechtere Weltgemeinschaft aufgebaut werden.

Mit Fremden- Angstschürern kann man keinen Staat machen.

Die Verantwortlichen unserer Region waren bislang voll des Lobes über ihre gelungene Integrationsarbeit. Entsprechend verletzt reagierten die Mächtigen der Bundesbank über die Entgleisungen eines der Ihren und sanktionierten ihn mit erstaunlicher Schärfe und Konsequenz. Nur die Umfragen verunsichern, die 18 Prozent Befürworter dieser abgestraften Geisteshaltung registrieren. Bei der von Herrn Sarrazin angeheizten Diskussion der Versäumnisse wundert, weshalb nicht hartnäckig und systematisch nachgefragt wird, warum die großen, die mittleren und kleinen Betriebe, die vor 50 Jahren die Arbeitskräfte ins Land riefen, nicht von Anfang an dafür sorgten, dass diese Menschen vernünftig die Sprache lernten und nachhaltig mit den Grundregeln einer demokratischen Gesellschaft vertraut gemacht wurden, z.B. der Gleichheit von Mann und Frau.

Ausgerechnet diejenigen, die über Jahrzehnte die Tatsache verleugneten, dass wir ein Einwanderungsland sind und statt fairer Zuwanderungsregeln auf rechtlicher und kultureller Basis nur phantasielose Restriktionen parat hatten, die Wohnghettos und soziale Außenseitergruppen schufen, beschimpften die Pioniere der Fremdenfreundlichkeit als weltfremde Multi - Kulti - Phantasten, die angeblich die Missstände verursacht hätten. Für hilflose Helferinnen und Helfer war nie mehr als Systemkurieren und "Das Schlimmste verhindern" drin angesichts der Übermacht der Ausgrenzungs- und Abwehrgesetze.

L.F., die Verhältnisse in der Asylarbeit ähneln hier erstaunlich der Situation der Arbeitsmigration.

Auch auf diesem Feld gilt: Nur ohne Diskriminierung kann man einen Staat machen

Deshalb fordern wir anstatt wachweicher Worthülsen das Schaffen handfester Fakten.

Wir fordern freie Wohnungswahl statt diskriminierender Residenzpflicht.

Wir fordern freie Ausbildungsmöglichkeit statt ausländerrechtlicher Restriktionen, die Ausbildungen erschweren oder gar verbieten.

Wir fordern freie Berufswahl statt einer Benachteiligung gegenüber deutschen und EU - ausländischen Arbeitssuchenden.

Denn, L.F., mit ausgegrenzten Armen macht man keinen Staat.

Denn mit harten Abschiebungen macht man keinen Staat.

Denn mit dem Paktschließen mit dem Diktator Gaddafi macht man keinen Staat.

Dagegen mit Innenministern, die ihr asylrechtliches Damaskus durchlebt haben, die als geläuterte flüchtlingsfreundliche Innenminister auf Landes- und Bundesebene mit uns im Trio deklamieren:

Die Würde des ausländischen Flüchtlings ist unantastbar.

Nur ohne Diskriminierung kann man einen zukunftsfähigen Staat aufbauen.